

Demographischer Wandel: Neue Rahmenbedingungen für die Jugendhilfe

Die Gesellschaft wird immer älter: Seit dem Jahr 2000 leben in Baden-Württemberg mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige – Tendenz steigend. Für das Jahr 2050 prognostiziert das Statistisches Landesamt, dass der Anteil der Menschen über 60 Jahre von heute 23 Prozent auf gut 36 Prozent steigt, während spiegelbildlich der Anteil der unter 20-Jährigen von 22 auf 16 Prozent absinken wird. Allerdings sind bei diesem demographischen Wandel Unterschiede im ländlichen und städtischen Raum sowie regionale Verschiedenheiten zu berücksichtigen.

Die Veränderungen bringen eine völlig neue gesellschaftliche Situation mit sich – und neue Rahmenbedingungen für die Jugendhilfe. Oft ist in diesem Zusammenhang von Bildungsmisere, Kinderarmut und Perspektivlosigkeit die Rede. Umso mehr müssen Handlungs- und Bildungsräume für die zukünftigen Generationen – die heutigen Kinder und Jugendlichen – eröffnet und ausgebaut werden. Dazu gehört, Kinder- und Jugendfreundlichkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu stärken, um der Generationengerechtigkeit als zentraler Aufgabe gerecht zu werden – im Dialog zwischen den Generationen und unter konstanter Berücksichtigung der Sichtweise junger Menschen.

In der heutigen Wissensgesellschaft ist Bildungspolitik der Schlüssel zur Gestaltung von Zukunft. Junge Menschen sind noch mehr als früher darauf angewiesen, gut ausgebildet zu sein, Erwachsene darauf, dass sie sich konstant weiterbilden können. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist es wichtig, dass die kommenden Generationen optimale Voraussetzungen haben, ihre Fähigkeiten zu nutzen: Zukünftig werden weniger junge Menschen das Gemeinwesen mitgestalten und die Wirtschaft tragen. Zwar werden in den nächsten Jahren noch deutlich mehr Jugendliche auf den Arbeitsmarkt kommen als Ausbildungsplätze angeboten werden, danach jedoch geht die Zahl der ausgebildeten Kräfte über Jahrzehnte zurück. Das bedeutet, dass jetzt alles investiert werden muss, damit die Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten – und damit eine gute Chance, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Bildungsangebote dürfen sich allerdings nicht nur auf Anforderungen der Wirtschaft konzentrieren, sie müssen auch die Verantwortung für die Gesellschaft und die Persönlichkeitsentfaltung jedes Einzelnen ermöglichen. Chancenarme Kinder und Jugendliche brauchen dabei eine besondere Förderung, um den Anschluss zu behalten. Die weit über die ethnische Vielfalt hinausgehende Realität unserer Gesellschaft ist zugleich Bereicherung und Herausforderung, die Chancen und Risiken für Mehrheiten und für Minderheiten beinhaltet. Die Gesellschaft braucht die Kraft von allen Kindern und Jugendlichen.

Aktuell stellen Jugendliche die Altersgruppe, die sich mit ihrem freiwilligen Engagement am stärksten in die Gesellschaft einbringt. Die Interessen jüngerer Menschen, von denen schon bisher ein großer Teil keinen direkten Einfluss durch Wahlbeteiligung hatte, könnten dagegen im politischen Geschehen völlig ins Abseits geraten, wenn als entscheidende Wählerschaft nur noch die Älteren im Blick sind: „Jugend“ droht durch den demographischen Wandel zur gesellschaftlichen Randgruppe zu werden. Junge Menschen müssen sich aber mit der Demokratie identifizieren können – daher ist es zwingend notwendig, sie an wichtigen Entscheidungen in Schulen, in Kommunen, in den Bundesländern wie auch im Bund adäquat zu beteiligen.

Auch die Formen des Zusammenlebens verändern sich: Einzelkinder, deren Eltern ebenfalls Einzelkinder sind, wachsen ohne gleichaltrige nahe Verwandte auf. Diesen und allen anderen Folgen des demographischen Wandels für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen muss die soziale Daseinsfürsorge Rechnung tragen. Gerade deshalb ist es angesichts sinkender Zahlen von Kindern und Jugendlichen notwendig, „Frei“-Räume für Jugendliche und für Jugendkultur zur Verfügung zu stellen.

Aus: „Die Landesjugendwochen 2007 - Erläuterungen zu Ziel und Motto“